

## Gemeindeversammlung vom 19. März 2025, Beginn 19.30 Uhr / Ende 22.22 Uhr

### Einleitende Bemerkungen / Organisatorisches

#### Geschäfte:

1. Festsetzung des kommunalen Verkehrsrichtplans
2. Genehmigung der Übernahme des Dorfplatzes und der Jonenbachstrasse (Abschnitt zwischen der Brücke Dorfplatz und der Albisstrasse) als Gemeindestrassen
3. Hauptantrag: Genehmigung der Einführung einer Tempo-30-Zone auf den Gemeindestrassen (Verkehrsberuhigungskonzept) und des Rahmenkredits von CHF 190'000
  - a) Zusatzabstimmung: Genehmigung der Einführung einer Tempo-20-Zone (Begegnungszone) auf dem Dorfplatz/Im Winkel.
  - b) Zusatzabstimmung: Genehmigung der Einführung einer Tempo-20-Zone (Begegnungszone) im Quartier Ausserfeld.

#### Allgemeine Hinweise:

Die Anträge und Unterlagen zu den vorstehenden Gemeindeversammlungsgeschäften sowie das Stimmregister haben ab 19. Februar 2025 in der Gemeindekanzlei Rifferswil zur Einsichtnahme aufgelegt und waren ab diesem Zeitpunkt auch auf der Homepage der Gemeinde Rifferswil zu finden.

Es sind keine Anfragen nach § 17 Gemeindegesetz eingegangen.

#### Publikation:

Die Einladung zur Gemeindeversammlung vom 19. März 2025 erfolgte am 19. Februar 2025 durch Publikation im Anzeiger aus dem Bezirk Affoltern.

#### Stimmenzähler\*innen:

B [redacted] K [redacted] -K [redacted], 8911 Rifferswil  
 R [redacted] K [redacted], 8911 Rifferswil  
 L [redacted] M [redacted], 8911 Rifferswil  
 T [redacted] P [redacted] B [redacted], 8911 Rifferswil  
 R [redacted] S [redacted], 8911 Rifferswil  
 P [redacted] S [redacted], 8911 Rifferswil  
 P [redacted] S [redacted], 8911 Rifferswil

#### Teilnehmer\*innen:

Die Stimmenzähler\*innen ermitteln 391 Stimmberechtigte (absolutes Mehr = 196 Stimmen)

#### Gäste (nicht stimmberechtigte Personen):

Gemeindeangestellte Rifferswil:

S [redacted] J [redacted]  
 C [redacted] E [redacted]

Protokollführer a.i.

M [redacted] H [redacted]

M [redacted] N [redacted] und A [redacted] A [redacted]  
 Ch [redacted] K [redacted]

Weitere Gäste sind seitlich auf den Plätzen der Nichtstimmberechtigten platziert. Das Stimmrecht wird von niemandem bestritten.

Presse:

M [REDACTED] W [REDACTED]

**Versammlungsablauf:**

Gemeindepräsident Ch [REDACTED] L [REDACTED] erläutert den Versammlungsablauf und stellt die Traktanden der heutigen Gemeindeversammlung vor. Es werden keine Ordnungsanträge gestellt.

## **Geschäft 1**

### **Festsetzung des kommunalen Verkehrsrichtplan**

#### **Beantragter Beschluss:**

Der Gemeinderat beantragt der Gemeindeversammlung die Festsetzung des kommunalen Verkehrsplans.

Gemeinderat R■■ v■■ S■■■■■■■ präsentiert das Geschäft mit folgendem Inhalt:

Die Gemeinde Rifferswil verfolgt mit ihrem kommunalen Verkehrsrichtplan das Ziel, eine nachhaltige und siedlungsverträgliche Mobilität für alle Verkehrsteilnehmenden zu gewährleisten. Dabei liegt der Fokus auf der Förderung eines höheren Anteils des öffentlichen Verkehrs. Ein weiteres Ziel ist die Optimierung der Verkehrssicherheit, insbesondere durch Massnahmen, die die Sicherheit für Fussgänger und Velofahrende erhöhen und eine Verkehrsberuhigung sicherstellen. Darüber hinaus wird eine siedlungsverträgliche Verkehrsorganisation angestrebt, welche die Strassenräume attraktiv gestaltet, die Aufenthaltsqualität erhöht und die Lärmbelastung reduziert.

Der Verkehrsrichtplan selbst verursacht keine direkten Kosten. Je nachdem, was umgesetzt wird, entstehen jedoch Kosten. Diese können zum jetzigen Zeitpunkt nur schwer konkretisiert werden, da die Planungsinhalte überwiegend konzeptioneller Natur sind und detaillierte Massnahmen auf nachfolgende Planungsstufen oder Einzelprojekte verlagert werden. Erst durch die Umsetzung spezifischer Festlegungen entstehen finanzielle Konsequenzen. Für kostenintensive Massnahmen muss die Stimmbürgerschaft erneut über die jeweiligen Vorhaben abstimmen. Hingegen fallen gebundene Kosten, wie der Unterhalt bestehender Infrastrukturen oder kleinere Planungsausgaben, direkt in die Zuständigkeit des Gemeinderates.

Die Umsetzung der geplanten Massnahmen erfolgt bedarfsorientiert und in einer zeitlich gestaffelten Weise, wobei vier Prioritätsstufen definiert sind: „sofort“ (2024–2027), „kurzfristig“ (2026–2029), „mittelfristig“ (2028–2034) und „langfristig“ (nach 2034). Beispiele für priorisierte Massnahmen sind die Einrichtung von Tempo-30-Zonen (Priorität 1), die Aufwertung des Dorfplatzes (Priorität 3) sowie Veloabstellanlagen (Priorität 1 und 2). Jede Massnahme wird entsprechend ihrer Dringlichkeit und der Verfügbarkeit von Mitteln umgesetzt.

Die Revision der kommunalen Richtplanung wird mit der Genehmigung durch die Gemeindeversammlung und der kantonalen Genehmigung für die Behörden verbindlich. Der kommunale Richtplan entfaltet noch keine Rechtswirkung für die Grundeigentümer.

#### **Fragen und Wortmeldungen der Stimmberechtigten:**

H■■ P■■ M■■■ stellt fest, dass der Verkehrsrichtplan als Auftrag für den Gemeinderat gilt. Die Umsetzung hat erhebliche Folgekosten.

Gemeinderat R■■ v■■ S■■■■■■■ erläutert, dass der Gemeinderat lediglich den Auftrag für die Planung erhält. Der kommunale Verkehrsrichtplan ist lediglich ein Planungsinstrument. Bei Umsetzungen über Fr. 125'000 werden die Massnahmen der Gemeindeversammlung unterbreitet.

U■■■ Ar■■■ fragt, wie die Abgrenzung in der Kostenfolge zwischen Kanton und Gemeinde in der Umsetzung der Massnahmen erfolgt.

Gemeinderat R■■ v■■ S■■■■ zeigt auf, dass der Kanton die Kosten gemäss gültigen Richtlinien übernimmt. Die Gemeinde kann freiwillige Massnahmen treffen und muss diese dann aber selber zahlen. Grundsätzlich gilt: Kantonsstrasse/Kanton, Gemeindestrassen/Gemeinde.

P■■ L■■ stellt eine Verständnisfrage. Auf dem Dorfplatz ist kein Veloabstellplatz erwähnt.

Dieser ist kein zentrales Element und daher nicht vorgesehen.

R■■ K■■ möchte wissen, was die Massnahmen im Gesamten kosten werden.

R■■ v■■ S■■■■ wiederholt, dass es sich um ein Planungsinstrument handelt. Es ist kein Auftrag für eine direkte Umsetzung. Die Gesamtkosten können nicht genannt werden, da zuerst die Projekte ausgearbeitet werden müssten.

P■■ M■■ äussert sich dahingehend, dass der Verkehr mit der Einführung von Tempo 30 über die Albisstrasse zunehmen wird. Bereits heute ist sehr viel Verkehr auf dieser Strasse zu verzeichnen.

R■■ v■■ S■■■■ bestätigt, dass die Feststellung richtig ist. Die Verkehrszählungen sagen aber, dass über die Albisstrasse täglich rund 1'600 Fahrzeuge verkehren, über die Jonenbachstrasse sind es mit 1'800 – 1'900 Fahrzeugen mehr. Eine Verlagerung ist gerechtfertigt.

P■■ V■■ gibt zu bedenken, dass Kostenfolgen in vielen Lebenslagen bestehen (Bsp. Gesundheit). Im Verhältnis zu diesen Kosten sind die mutmasslichen Kosten im Verkehrsrichtplan gering.

H■■ B■■ meint, dass die Kreuzung in der Hand, Einmündung in die 80er Zone, sehr gefährlich ist. Die Verlagerung des Verkehrs ist heikel.

R■■ v■■ S■■■■ zeigt nochmals die Zahlen der Verkehrszählung.

### **Abstimmungsempfehlung:**

Der Gemeinderat beantragt der Gemeindeversammlung die Festsetzung des kommunalen Verkehrsrichtplans gutzuheissen.

Die Rechnungsprüfungskommission beantragt der Gemeindeversammlung die Annahme des kommunalen Verkehrsrichtplans.

### **Abstimmung:**

Die Festsetzung des kommunalen Verkehrsrichtplans wird **mit 245 Ja zu 113 Nein-Stimmen** gutgeheissen und genehmigt.

**Geschäft 2****Genehmigung der Übernahme des Dorfplatzes und der Jonenbachstrasse (Abschnitt zwischen der Brücke Dorfplatz und der Albisstrasse) als Gemeindestrassen****Beantragter Beschluss:**

Der Gemeinderat beantragt der Gemeindeversammlung die Genehmigung der Übernahme des Dorfplatzes und der Jonenbachstrasse (Abschnitt zwischen der Brücke Dorfplatz und der Albisstrasse) als Gemeindestrassen.

Gemeinderat R■■ v■■ S■■■■■■■ präsentiert das Geschäft mit folgendem Inhalt:

Die Abklassierung der Jonenbachstrasse/Dorfplatz bringt mehrere Vorteile: Die Gemeinde gewinnt an Flexibilität in der Signalisation und Gestaltung. Zudem übernimmt sie die Hoheit über den Dorfplatz für kommunale Aktivitäten, wodurch der dörfliche Charakter der Strasse und des Platzes gestärkt wird. Eine Begegnungszone am Dorfplatz kann nur durch die Abklassierung realisiert werden.

Darüber hinaus wird die Sicherheit für Fussgänger insbesondere an der Kreuzung Jonenbachstrasse /Albisstrasse verbessert. Der Kanton hat zugesagt, dass im Falle der Abklassierung der Jonenbachstrasse ein "Kissen" an der Einmündung Jonenbachstrasse/Albisstrasse angebracht werde. Diese Massnahme trägt erheblich zur Sicherheit der Fussgänger bei, da sie Fahrzeuge zwingt, abzubremesen.

Eine Verkehrsmengenmessung ergab, dass im Jahr 2021 täglich rund 1'900 Fahrzeuge auf der Jonenbachstrasse fahren. Der Durchgangsverkehr wird durch die Abklassierung auf die bestehenden Kantonsstrassen verlagert, was insbesondere für die nahegelegene Schule von Vorteil ist. Zudem führt die Einführung von Kissen zu einer visuellen Änderung und trägt dazu bei, den Durchgangsverkehr auf der Jonenbachstrasse weiter zu reduzieren.

Der Kanton übergibt den Strassenabschnitt in saniertem Zustand an die Gemeinde Rifferswil. Die künftigen Unterhalts- und Sanierungskosten werden auf folgende Werte geschätzt:

- Laufender Unterhalt (Reinigung, Winterdienst, kleine Reparaturen): CHF 8'000/Jahr
- Ersatz der Deckschicht in ca. 25 Jahren: CHF 400'000
- Ersatz der Deck- und Tragschicht in ca. 50 Jahren: CHF 600'000
- Sanierung der Brücke (3 Komponenten) in 30 bis 100 Jahren: CHF 100'000 bis CHF 130'000 (je Komponente)

Aufgrund der langfristigen Kosten wird die Abklassierung der Gemeindeversammlung zur Genehmigung vorgelegt.

**Fragen und Wortmeldungen der Stimmberechtigten:**

R■■ H■■■■■ bemängelt, dass die aufgezeigten Kosten nicht korrekt ausgewiesen sind. Insbesondere im Bereich des Unterhalts, CHF 8'000. Ein schweizweiter Vergleich ergibt Kosten von CHF 4.60 pro m<sup>2</sup>. Die Kosten werden nicht eingehalten werden können.

R■■ v■■ S■■■■■■■ zeigt nochmals die entsprechende Übersicht und ergänzt, dass nicht geplant ist, dass der heutige Bestand ausgebaut wird.

**P■ S■** verweist auf die RPK, welche eine jährliche Rückstellung über Fr. 33'000 berechnet hat. Diese Kosten seien vertretbar (Kosten/Nutzen).

Der RPK-Aktuar **W■ Z■** bestätigt die von Peter Senn genannte Zahl. **R■ v■ S■** gibt zu bedenken, dass bei der Übernahme keine Spezialfinanzierung (wie Wasser, Abwasser) eingestellt werden kann.

**W■ (W■) B■** zeigt auf, dass die Kantonsstrassen über die Strassenverkehrsabgaben bezahlt werden, neu dann über die Gemeindesteuern. Die Kostenberechnung des Gemeinderats seien Wunschgedanken. Insbesondere der Deckbelag fehlt in der Berechnung. Der Steuerfuss wird 3 – 4 Prozente erhöht werden müssen.

**R■ v■ S■** teilt mit, dass an den Zahlen festgehalten wird. Der Gemeinderat wird nur Massnahmen ergreifen, wenn es wirklich notwendig ist.

**W■ K■** betont, dass die Strasse nicht übernommen werden muss, wenn man eine 30er-Zone möchte. Er bezweifelt die ausgewiesenen Kosten ebenfalls.

**R■ v■ S■** ergänzt, dass der Übergang an der Albisstrasse, wie aufgezeigt, nur mit der Übernahme möglich sein wird.

**H■ B■** gibt zu bedenken, dass am Beispiel von Maschwanden die Sanierungskosten stetig steigen. Irgendwann fallen diese Kosten auch beim Dorfplatz/Jonenbachstrasse an.

**R■ v■ S■** teilt mit, dass mit den heute bekannten Zahlen gerechnet werden muss. Diese liegen vor.

**W■ (W■) B■** nimmt sein Votum nochmals auf. In 50 Jahren wird die Sanierung mindestens 1 Mio. Franken kosten.

**R■ E■** gibt zu bedenken, dass Gemeindestrassen weniger beansprucht sind als Kantonsstrassen und Autobahnen. Der Kostenvergleich ist daher schwierig.

**T■ S■** weist auf die Bedürfnisse des Gewerbes hin. Die Zufahrten für das Gewerbe werden schwieriger. Die Verkehrszahlen werden bezweifelt.

**R■ v■ S■** gibt eine Antwort zur Erhebung der Verkehrszahlen aus dem Jahr 2021. Das Gewerbe geht nicht vergessen.

**W■ K■** gibt zu bedenken, dass die kostenlose Übernahme des Pfarrhauses heute zu Kosten für die Gemeinde führt. Der Kanton will die Strasse nur übergeben, weil er sie nicht mehr unterhalten will. Der Steuerfuss soll in Zukunft nicht erhöht werden.

**K■ B■** weist auf die bestehenden Spurrillen bei Bushaltestelle hin. Dieser Strassenbereich ist noch nicht 25 Jahre alt.

**R■ v■ S■** zeigt sich ebenfalls irritiert, dass der Untergrund der Bushaltestelle in katastrophaler Weise gebaut worden ist. Nun müsse man deswegen sanieren.

**P■ S■** bringt einen weiteren Aspekt ein. Die Gemeinde kann ohne Übernahme die Strasse nicht gestalten. Eine Dorfplatzgestaltung ist nicht wie gewünscht möglich.

H■■■ P■■■ M■■■ berichtet über eine Beobachtung. Es wird schon heute auf der Strasse gespielt. Die Strasse gehört den Autos, eine Vermischung ist gefährlich.

P■■■ R■■■ fragt an, ob der Adventsmärt und Chilbi weiterhin auf dem Dorfplatz stattfinden können.

Gemeindepräsident Ch■■■ L■■■ bestätigt dies.

M■■■ K■■■ fragt an, ob es eine detaillierte Zustandsanalyse der Strasse gibt?

R■■■ v■■■ S■■■ führt aus, dass der Zustand nur oberflächlich geprüft wurde. Trotzdem bestehen genügend Informationen. Es ist ein kalkulierbares Risiko.

U■■■ A■■■ stellt fest, dass kein zeitlicher Druck bestehe. Der Kanton werde sich auch künftig bewegen und die Gemeinde einbeziehen.

R■■■ V■■■ fragt, ob die Verkehrsinsel definitiv wekommt. Wer bezahlt dann die Kosten für das Projekt?

R■■■ v■■■ S■■■ entgegnet, dass der Kanton bezahlen wird.

M■■■ H■■■ fragt, was geschehe, wenn die Übernahme nicht erfolge. Gibt es dann später eine 30erZone?

R■■■ v■■■ S■■■ erwidert, dass die Folge wäre, dass die Überführung im Unterdorf so nicht saniert wird. Die Verkehrsinsel kommt definitiv weg. Der Kanton ist bereit eine 30er-Zone umzusetzen. Eine 20er-Zone (Begegnungszone) ist aber nicht möglich.

### **Abstimmungsempfehlung:**

Der Gemeinderat beantragt der Gemeindeversammlung die Genehmigung der Übernahme des Dorfplatzes und der Jonenbachstrasse (Abschnitt zwischen der Brücke Dorfplatz und der Albisstrasse) als Gemeindestrassen.

Die Rechnungsprüfungskommission beurteilt die Kostenfolgen für die Abklassierung und Übernahme des Dorfplatzes und der Jonenbachstrasse als vertretbar.

### **Abstimmung:**

Die Übernahme des Dorfplatzes und der Jonenbachstrasse (Abschnitt zwischen der Brücke Dorfplatz und der Albisstrasse) als Gemeindestrassen wird **mit 157 Ja zu 211 Nein-Stimmen** abgelehnt.

### **Ordnungsantrag:**

B■■■ St■■■ stellt folgenden Ordnungsantrag:

Antrag auf nachträgliche Urnenabstimmung gemäss Art. 86 Abs. 3 Kantonsverfassung.

Gemeindepräsident Ch■■■ L■■■ erklärt, dass ein Drittel der anwesenden Stimmberechtigten eine nachträgliche Urnenabstimmung verlangen können. 1/3 der Stimmberechtigten sind

131 Personen. Er lässt über den Antrag abstimmen. **Die Abstimmung ergibt 132 Ja-Stimmen.** Die geforderten 131 Ja-Stimmen sind erreicht. Das Geschäft wird entsprechend einer nächsten Urnenabstimmung unterbreitet.

**Rückzug Traktandum 3 a)** Zusatzabstimmung: Genehmigung der Einführung einer Tempo-20-Zone (Begegnungszone) auf dem Dorfplatz/Im Winkel.

Gemeindepräsident Ch[REDACTED] L[REDACTED] erklärt, dass somit die Zusatzabstimmung der Einführung einer Tempo-20-Zone (Begegnungszone) auf dem Dorfplatz/Im Winkel vom Gemeinderat zurückgezogen wird. Es muss zuerst das Resultat der nachträglichen Urnenabstimmung abgewartet werden. Die Zusatzabstimmung 3a) wird anschliessend wieder einer Gemeindeversammlung unterbreitet. Gegen diesen Rückzug gibt es keine Einwendungen.

**Geschäft 3**

**Hauptantrag: Genehmigung der Einführung einer Tempo-30-Zone auf den Gemeindestrassen (Verkehrsberuhigungskonzept) und des Rahmenkredits von CHF 190'000.**

**Vorgehen:**

Gemeindepräsident Ch. L. erklärt das Vorgehen. Gemeinderat R. v. S. erläutert den Hauptantrag sowie die Zusatzabstimmung 3b) Genehmigung der Einführung einer Tempo-20-Zone (Begegnungszone) im Quartier Ausserfeld gemeinsam. Anschliessend wird die Diskussion für den Hauptantrag eröffnet und darüber abgestimmt. In einem weiteren Schritt wird dann die Diskussion zur Zusatzabstimmung 3b geführt und darüber abgestimmt. Gegen das Vorgehen werden keine Einwendungen geäussert.

**Beantragter Beschluss (Hauptantrag):**

Der Gemeinderat beantragt der Gemeindeversammlung die Genehmigung der Einführung einer Tempo-30-Zone auf den Gemeindestrassen (Verkehrsberuhigungskonzept) und die Bewilligung des Rahmenkredits von CHF 190'000.

Gemeinderat R. v. S. präsentiert das Geschäft mit folgendem Inhalt:

Die Analyse des Verkehrsaufkommens zeigt eine hohe Belastung, insbesondere auf der Jonental- und Jonenbachstrasse. Geschwindigkeitsmessungen ergaben, dass die gefahrenen Geschwindigkeiten nicht selten über 50 km/h liegen. Die maximal gemessenen Geschwindigkeiten auf der Jonenbachstrasse und der Jonentalstrasse liegen bei über 80 km/h. Massnahmen zur Einhaltung des Tempolimits sind somit erforderlich.

Eine Unfallanalyse für den Zeitraum 2019 bis 2024 identifizierte 14 Unfälle mit insgesamt 22 betroffenen Personen. Besonders unfallträchtig sind Kreuzungsbereiche an Kantonsstrassen, insbesondere der Knoten Albis-/ Jonenbach-/ Jonentalstrasse. Diese Erkenntnisse untermauern den Bedarf an verkehrsberuhigenden Massnahmen.

Das Tiefbauamt des Kantons Zürich hält die Einführung von Tempo 30 auf der Jonenbachstrasse inkl. Dorfplatz sowie auf der Jonentalstrasse für angemessen. Auf der Mettmensstetter-/Hauserstrasse, der Kappelerstrasse und der Albisstrasse ist die Einführung von Tempo 30 nicht möglich, da es sich um verkehrsorientierte Strassen handelt, die Teil eines grösseren übergeordneten Netzes sind.

**Tempo-30-Zone im gesamten Siedlungsgebiet**

Die flächendeckende Einführung einer Geschwindigkeitsbegrenzung auf allen Gemeindestrassen bildet die Grundlage für die Verkehrsberuhigung. Dabei wurde der Perimeter so festgelegt, dass alle Bauzonen der Gemeinde einbezogen werden. Ortsbildbelastende Eingangstore mit Signalisationstafeln innerhalb der Kernzone werden so minimiert.

Zusätzlich ist geplant, auf der Jonenbachstrasse eine Tempo-30-Strecke einzurichten, um Fahrzeitverluste für den öffentlichen Verkehr zu minimieren. Durch diese Massnahme können Vortrittsregelungen auf der Jonenbachstrasse bestehen bleiben, wodurch die Sicherheit für alle Verkehrsteilnehmenden gewährleistet bleibt.

Im Rahmen des Mitwirkungsverfahrens wurde vielfach gefordert, auf der Albis-, Mettmenstetter- und Hauserstrasse Tempo 30 einzuführen. Bei diesen Strassen handelt es sich um Kantonsstrassen. Auf Kantonsstrassen kann eine Tempo-30-Strecke nur dann eingeführt werden, wenn dies im Hinblick auf Verkehrssicherheit, Luftqualität und Lärmschutz angezeigt ist. Die Entscheidungshoheit liegt beim Kanton. Entsprechende Gutachten des Kantons verneinen Handlungsbedarf.

### Fragen und Wortmeldungen der Stimmberechtigten:

**P** ■ **R** ■ stellt fest, dass Im Mattler der V85-Wert hausgemacht ist. Es sind die Anwohner, welche dort durchfahren.

**D** ■ **H** ■ sieht in der Einführung von Tempo-30-Zonen unnötig verbrauchtes Steuergeld. Der Lärm ist auch kein Problem. Eine Fahrt nach Hausen dauert bsp. für die Feuerwehr 3 Minuten länger.

**R** ■ v **S** ■ entgegnet, dass die Lärmberechnungen des Kantons ein anderes Bild zeigen. Zudem belegen zahlreiche Studien, dass Tempo-30 zu weniger Lärm führt. Das Postauto braucht bei Tempo-30 17 Sekunden länger.

**K** ■ **L** ■ stellt die nachträgliche Urnenabstimmung von Traktandum 2 in Frage.

Gemeindepräsident Christoph Lüthi erläutert, dass dies nach der Schlussabstimmung möglich sei und im Vorfeld abgeklärt wurde.

**M** ■ **F** ■ fragt an, ob die Einführung Tempo-30 für die Gemeindestrasse oder auch Kantonsstrassen gelte.

**R** ■ v **S** ■ verweist auf den Plan im Antrag.

**T** ■ **S** ■ verweist auf die letzte Abstimmung vor 10 Jahren her. An der damaligen Ausgangslage hat sich nichts verändert. Tempo-30-Zonen in einem verwinkelten Dorf sind nicht nötig. Die Aufmerksamkeit der Fussgänger sinkt.

**P** ■ **G** ■ geht auf seine Erfahrungen als ehemaliger Hausarzt ein. Bei einer Kollision mit Tempo-30 sind in der Regel keine toten Fussgänger zu verzeichnen, ab Tempo 30 hingegen schon. Es gibt weniger Unfälle bei Tempo-30.

**W** ■ (**W** ■) **B** ■ teilt mit, dass sich die Argumente gegenüber vor 10 Jahren nicht verändert haben. Rifferswil ist in der Unfallstatistik im Bezirk auf dem letzten Platz.

**I** ■ **H** ■ appelliert, dass mit Begegnungszonen und Tempo-30 die Lebensqualität steigt.

**R** ■ **G** ■ sieht in seinem Quartier keine merklichen Veränderungen zu seiner Jugend. Auch heute kann man noch auf der Strasse Velofahren lernen. Die Unaufmerksamkeit der Verkehrsteilnehmer ist problematisch.

**M** ■ **R** ■ geht auf den Zeitverlust ein. Dieser ist sehr gering (rund 68 Sekunden).

**F** ■ **M** ■ **P** ■ begrüsst, dass das Tempo auf den Strassen gedrosselt wird. Insbesondere vor dem Schulhaus. Kinder haben noch kein Bewusstsein für Geschwindigkeit.

**Abstimmungsempfehlung:**

Der Gemeinderat beantragt der Gemeindeversammlung die Genehmigung der Einführung einer Tempo-30-Zone auf den Gemeindestrassen (Verkehrsberuhigungskonzept) und die Bewilligung des Rahmenkredits von CHF 190'000.

Die Rechnungsprüfungskommission beurteilt die Kostenfolgen für die Einführung der Tempo-30-Zone als vertretbar.

**Abstimmung Hauptantrag:**

Die Einführung einer Tempo-30-Zone auf den Gemeindestrassen (Verkehrsberuhigungskonzept) und die Bewilligung des Rahmenkredits von CHF 190'000 wird **mit 220 Ja zu 136 Nein-Stimmen** gutgeheissen und genehmigt.

**Geschäft 3a**

**Zusatzabstimmung: Genehmigung der Einführung einer Tempo-20-Zone (Begegnungszone) auf dem Dorfplatz/Im Winkel**

**Rückzug:**

Der Gemeinderat hat die Zusatzabstimmung 3a anlässlich des Traktandums 2 zurückgezogen.

**Geschäft 3b**

**Zusatzabstimmung: Genehmigung der Einführung einer Tempo-20-Zone (Begegnungszone) im Quartier Ausserfeld.**

**Vorgehen und Ordnungsantrag:**

Gemeindepräsident Ch[REDACTED] L[REDACTED] stellt folgenden Antrag an die Gemeindeversammlung:

Rückzug des Traktandums und Wiederbehandlung an einer Gemeindeversammlung zusammen mit Traktandum 3a bei Vorliegen des Resultats der nachträglichen Urnenabstimmung.

Er lässt darüber abstimmen. **Der Antrag wird mit deutlicher Mehrheit angenommen.**

### **Schlussbemerkungen des Gemeindepräsidenten**

Die GV-Teilnehmer/innen erheben keinerlei Einwände gegen die Geschäftsführung. Sie nehmen zur Kenntnis, dass eine Verletzung von Verfahrensvorschriften an der Gemeindeversammlung gerügt werden muss, ansonsten das Rekursrecht entfällt.

Von der Rechtsmittelbelehrung nehmen sie Notiz, wonach beim Bezirksrat wegen Verletzung von Vorschriften über die politischen Rechte und ihre Ausübung innert 5 Tagen schriftlich Rekurs in Stimmrechtssachen und im Übrigen innert 30 Tagen schriftlich Rekurs wegen Verletzung anderer Bestimmungen des übergeordneten Rechts möglich ist. Gegen das Protokoll kann Aufsichtsbeschwerde erhoben werden.

Gemeindepräsident Ch[REDACTED] L[REDACTED] dankt den zahlreichen Stimmberechtigten für die Teilnahme und schliesst die Versammlung um 22.22 Uhr.

Für die Vollständigkeit und Richtigkeit des GV-Protokolls:

M[REDACTED] H[REDACTED]  
Gemeindeschreiber a.i.

Genehmigung des GV-Protokolls:

Ch[REDACTED] L[REDACTED]  
Gemeindepräsident

B[REDACTED] K[REDACTED]-K[REDACTED]  
Stimmenzählerin

R[REDACTED] K[REDACTED]  
Stimmenzähler

L[REDACTED] M[REDACTED]  
Stimmenzählerin

T■■■■ P■■■■ B■■■■  
Stimmenzähler

R■■ S■■■■  
Stimmenzähler

P■■ S■■  
Stimmenzähler

P■■ S■■  
Stimmenzähler